



Neuer Streit um die Waffe im Schrank



Nach dem tragischen Tod der 16-jährigen Francesca in Zürich Hönnggerberg ist, wie der [Blick](#) berichtet, in der Schweiz die politische Debatte um die in Helvetien übliche und „heilige“ private Aufbewahrung des Armee-Sturmgewehrs wieder einmal ins Rollen gekommen.

Insbesondere die Linken und Armee-Abschaffer fordern, dass die Waffen zukünftig in den Zeughäusern aufbewahrt werden müssten. Bereits läuft eine Unterschriftensammlung der SP und [GSoA](#) zur [Volksinitiative](#) für „den Schutz vor Waffengewalt“. Inzwischen sollen dafür bereits über 30'000 Unterschriften zusammengekommen sein.

In den letzten 7 Jahren wurden rund 14 Morde mit Armeewaffen verübt. Hingegen käme es wohl niemandem in den Sinn, alle Messer und Werkzeuge aus den Haushaltungen zu verbannen, weil damit (wohl noch viele mehr) Morde ausgeführt wurden. Wie

viele Tötungsdelikte werden beispielsweise mit Küchenmessern verübt?

Es ist bekannt, dass bei einigen dieser 14 Todesfällen „Schweizer mit Migrationshintergrund“ die Täter waren, so auch beim aktuellsten Fall. Es handelt sich hier um einen eingebürgerten Chilenen.

Die einzige Partei, die sich dazu äußert, ist die politisch inkorrekte SVP. Es heisst:

Die Partei prüfte, inwiefern es Auffälligkeiten gebe im Zusammenhang mit eingebürgerten Armeeangehörigen. Dazu gehöre einerseits die Frage, ob bei den Dienstuntauglichen überdurchschnittlich viele Eingebürgerte ausgemustert werden müssten, weil sie allenfalls der Mentalität der Schweizer Armee nicht gewachsen seien. Andererseits werde geprüft, ob der Missbrauch von Dienstwaffen durch eingebürgerte Armeeangehörige im Durchschnitt häufiger vorkomme als bei den anderen. «Für uns steht der Mann oder die Frau hinter der Waffe und nicht die Waffe selber im Vordergrund», erklärte SVP-Sprecher Roman Jäggi. Die SVP stelle fest, dass zunehmend eingebürgerte Armeeangehörige in Delikte mit Armeewaffen involviert seien.

Das jüngste Tötungsdelikt vom Höggerberg beschäftigt alle Parteien. So wird etwa die SP das Thema bereits am kommenden Montag im Fraktionsvorstand behandeln. Vorstöße dürften aber auch von den CVP- und SVP-Fraktionen zu erwarten sein. Selbstredend ziehen die Parteien jeweils andere Schlüsse aus dem tragischen Fall um die erschossene 16-Jährige und das Problem der Aufbewahrung der Armeewaffen.

Die CVP fordert: Nur die Munition gehört ins Zeughaus.

Die CVP hatte sich dafür ausgesprochen, dass die Taschenmunition ins Zeughaus kommt, aber die Waffe weiterhin zuhause aufbewahrt werden solle. Laut CVP-Generalsekretär

Reto Nause ist im Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt vom Höneggerberg vor allem Bundesrat Samuel Schmid gefordert. Die Armeeführung müsse vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen und dem Umgang mit der Waffe, deren Lagerung und der Ausbildung vermehrt Augenmerk schenken.

FDP: Der Mensch, nicht die Waffe ist das Problem.

Nach dem schrecklichen Verbrechen sei vor allem eine lückenlose Aufklärung nötig, sagte FDP-Sprecher Christian Weber gegenüber «Blick.ch». Allenfalls müsse das VBS ermitteln, wie der Täter im Fall Höneggerberg an die Munition gekommen sei. Grundsätzlich stütze die FDP die Lösung, dass die Munition im Zeughaus aufbewahrt würde. Für die FDP sei aber auch klar, dass in solchen Fällen nicht das Instrument, sondern der Mensch das Problem sei.

Die Grünen sagen: Die Waffe zuhause, ist generell ein Risikofaktor.

Die Grünen werden laut Parteipräsidentin Ruth Genner das Tötungsdelikt bereits an ihrer Delegierten-Versammlung am kommenden Samstag zum Thema machen. Sie wollen eine vom Zuger Nationalrat Josef Lang vorbereitete Resolution gegen die Aufbewahrung von Waffen zuhause verabschieden. Zudem rechnet Genner in der Wintersession sowohl mit Vorstößen wie auch mit Fragen in der Fragestunde zu diesem Thema. Die Risikobeurteilung der Aufbewahrung von Armeewaffen zuhause habe sich inzwischen ins Gegenteil gewendet: Die Waffe zuhause sei heute zu einem Risiko geworden, sagte sie.

(Spürnnase: Daniel Gianola)